

Angesichts massiv steigender Preise für Strom und Gas dürfte sich die Armutssituation vieler Gelsenkirchener Bürgerinnen und Bürger verschärfen.

Die Kosten für Strom, Gas und Benzin sind im Jahresverlauf 2021 um 35% gestiegen. Es muss befürchtet werden, dass angesichts der Erhöhung der Energiepreise, der sonstigen zusätzlichen Ausgaben durch die Pandemie, aber auch steigender Mietpreise, Menschen mit geringem Einkommen immer weiter in eine Schuldenfalle abgleiten.

Trotz der Möglichkeit Ratenzahlungen oder Stundungen zu beantragen, türmen sich bei diesen Menschen Schulden auf, die sie angesichts fehlender Rücklagen und extrem zu niedriger Hartz IV-Sätze nicht stemmen können. Die letzte Erhöhung des Hartz IV- Satzes kann nur als ein Schlag ins Gesicht aller Menschen betrachtet werden, die in derart prekären Verhältnissen leben müssen. Das ist nur noch blamabel. Wie weit es hier zu Verbesserungen durch eine neue Regierung kommt, bleibt abzuwarten. Die reine Umetikettierung in ein „Bürgergeld“ ändert an der beschämenden Praxis erst einmal nichts. Wie unser „oberster Armutsverwalter“, Hubertus Heil, fehlende Arbeitsplätze herbeizaubern will, bleibt zunächst sein Geheimnis. 2.3 Millionen Erwerbslosen stehen 794000 Stellen gegenüber.

Die Armut ist weiterhin auch ein Frauenproblem. Deutschland steht unter 27 EU- Staaten an vorletzter Stelle bei der Arbeitsentlohnung von Frauen. Der Mindestlohn liegt im Verhältnis zur Kaufkraft am unteren Ende. Der Unterschied in der Bezahlung von Mann und Frau bei gleicher Arbeit ist in Deutschland besonders groß und wuchs unter den Merkel geführten Regierungen. Der Mindestlohn, selbst bei einem Vollzeit Arbeitsplatz schützt nicht vor Altersarmut und wird millionenfach nicht gezahlt oder ungestraft unterlaufen. Betriebe erpressen pro Jahr etwa eine Milliarde unbezahlter Überstunden von den Arbeitnehmern. Und das Unionbusting läuft seit Jahren und wird nicht unterbunden.

Diese Liste an Unsäglichkeiten könnte man munter weiterführen. All diese Entwicklungen haben die letzten Regierungen verbochen. Einen Überblick über die Armut im Land kann man bei klarem Blick durchaus gewinnen - es fehlt nicht an Daten, aber scheinbar will man es weder im Bund, noch im Land oder den Kommunen so genau wissen, sonst müsste man Forderungen stellen, die die Einnahme-Seite verbessern, sprich endlich eine Vermögenssteuer, einen erhöhten Spitzensteuersatz und eine angemessene Erbschaftssteuer fordern. Auch Oligarchen, und ja, die gibt es auch in Deutschland, sollten sich wieder an

der Finanzierung dieses Gemeinwesens, welches sich Bundesrepublik Deutschland nennt, beteiligen. Das ist eine klare Forderung der LINKEn.

Deswegen wäre eine Diskussion über das Thema Armut in Gelsenkirchen umso wichtiger.

Danke.